



Emmanuel Macron – Nationale und Europäische Reformpläne und ihr Einfluss in Verbindung mit den Parlamentswahlen auf die deutsche Politik in Europa

Maximilian Häger

September

2017



I. Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Reformpläne Macrons
3. Kritik Deutscher Politiker
4. Ausgang der Parlamentswahlen und Einfluss auf die französische Innenpolitik
5. Mögliche Folgen für die deutsche Europapolitik
6. Zusammenfassung



1. Einleitung

Selten schaffte es jemand wie der aktuelle französische Präsident Emmanuel Macron in die Wirtschaftselite und anschließend erfolgreich in die Politik. Geboren und aufgewachsen in dem nördlich gelegenen Amiens, legte Macron einen beispiellosen Aufstieg hin: Nach seinem Abschluss am Pariser Elitegymnasium Henri IV., studierte Macron zunächst Philosophie am „Institut d'études politiques de Paris“. Mit einem Spitzenabschluss schloss Macron danach das Studienprogramm der Verwaltungshochschule „école nationale d'administration“ ab. Es folgte ein Jobangebot als Direktor einer der Abteilungen im Finanzministerium, eine Tätigkeit, die er ab 2005 ausführte. Danach arbeitet er im Pariser „Institut Montaigne“, bis er mit 31 Jahren eine Position als Investmentbanker bei „Rothschild & Cie“ bekam. Nur zwei Jahre später wurde er Partner der Investmentbank. Angekommen in der französischen Wirtschaftselite, lernte Macron den Wirtschaftsprofessor Jacques Attali kennen, der ihn später als Berater für Präsident François Hollande empfahl. Im Mai 2012 gab er deswegen seine Stelle bei „Rothschild“ auf und wechselte als Hollands Berater in Wirtschafts- und Finanzpolitik in dessen Präsidialstab. Im August 2014 holte Hollande Macron als Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales in sein Kabinett. Dort angekommen versuchte er im Wege eines sozialdemokratischen Reformkurses Steuerentlastungen in Milliardenhöhe zu erzielen. Dies wurde politisch kontrovers diskutiert, zwar ohne Parlamentsbeschluss durchgesetzt, jedoch besonders von der politisch linken Oppositionellen als Abbau des Sozialstaates und nicht als Förderung der Wirtschaft deklariert. Daraufhin folgten jedoch einige Rückschläge Macrons, welche schließlich zu seinem Rücktritt als Minister und der neuen politischen Bewegung „La République en Marche“ führten. Bereits kurze Zeit nach seinem Rücktritt als Minister und ohne Rückhalt aus seiner eigenen Partei „Parti socialiste“ gab Macron bekannt, als unabhängiger Kandidat bei der Präsidentschaftswahl anzutreten. Wieder legte Macron einen außergewöhnlich schnellen Aufstieg hin. Innerhalb kurzer Zeit konnte er hohe Summen für seinen Wahlkampf generieren. Seine Unparteilichkeit setzte er dabei geschickt ein: „Ich bin frei, die Finanzierung ist transparent“, verkündete der 39-jährige in seinem Wahlkampf. Als Politiker und nah am Volk polarisiert er, trotz seiner Unparteilichkeit gelang es ihm binnen weniger Monate zum schillernden Aufsteiger in der französischen Politik zu werden. Im Wahlkampf präsentierte sich Macron als Gegner des



aktuellen Systems und das, obwohl er selbst eigentlich zum französischen Elitekreis gehört. Doch genau das, im Zusammenhang mit seinem Reformprogramm und europäischen Kurs kam gut an. Schließlich gewann der parteiunabhängige Kandidat in der Stichwahl zur Präsidentschaft im zweiten Wahlgang am 07.05.2017 mit 66,1 Prozent der Stimmen und wurde somit der achte Präsident der Fünften Französischen Republik. Die Kandidatin des rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, kam auf 33,9 Prozent. Die erste große Hürde auf dem Weg zu Macrons politischen Zielen war geschafft. Ob er seinen Reformkurs gezielt weiter vorantreiben kann, sollte sich in den Parlamentswahlen im Juni 2017 zeigen. Zunächst muss jedoch ein Überblick über seine politischen Reformziele geschaffen werden.

2. Reformpläne Macrons

Mit vielen wirtschaftlichen aber auch sozial- und umweltpolitischen Reformen will der Präsident eine Wende in der französischen Politik herbeiführen. So will Macron Staatsanteile an Unternehmen großflächig verkaufen und zudem Aktien im Gesamtwert von zehn Milliarden abstoßen. Die Einnahmen sollen in den „Fond für Industrie und Innovation“ fließen und für zukünftige Projekte eingesetzt werden. Um Unternehmen in Frankreich zukünftig zu stärken, will Macron zudem die Unternehmenssteuer von 33,3 auf 25 Prozent senken. Er fordert einen Abbau von Regulierungen für Unternehmen. Hinzukommend soll das Arbeitsrecht auf grundsätzliche Normen beschränkt, sowie die 35-Stunden Woche beibehalten werden. Dabei sollen die Branchen und Unternehmen flexiblere Arbeitszeiten aushandeln können. Macron plant den Aufbau eines universellen Rentensystems, dass die 37 speziellen Rentensysteme ersetzt und gleichermaßen für Beamte wie Angestellte gilt. Er will die Beibehaltung des Renteneintritts mit 62 Jahren oder nach 42 Jahren Beitragszahlungen bis 2022 garantieren. Arbeitslosenunterstützung fordert er auch für Selbstständige und Freiberufler, sowie für Arbeitnehmer die selbst kündigen. Sie soll jedoch bei Ablehnung von akzeptablen Arbeitsangeboten oder fehlendem Engagement bei der Arbeitssuche entzogen werden können. Er plant, außer in Hospitälern, die Streichung von 120.000 Beamtenstellen. In sozialen Brennpunkten fordert er mehr Lehrer- und Polizistenstellen.

Gerade diese Arbeitsmarktreform stellt jedoch eine herausragend wichtige Aufgabe dar. Dabei will Macron auf eine besondere Vorgehensweise zurückgreifen, um die Ziele wäh-



rend seiner Legislaturperiode zu erreichen. Sein Kabinett hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem das Parlament eine Art Vollmacht für den Umbau des Arbeitsmarkts ausstellt. Der französische Präsident und seine Regierung dürfen einzelne Reformen dann einfach per Dekret erlassen. Erst ganz am Schluss trifft das Parlament eine Alles-oder-nichts-Entscheidung. Entweder es stimmt dem gesamten Paket zu oder es wird abgelehnt. Dabei geht es Macron vor allem um Tempo. Bis zum Ende des Sommers will er das Arbeitsrecht umkrempeln. Den komplexeren Umbau der Sozialkassen will er bis Ende 2018 beenden. Für die Eile gibt es gute Gründe, denn Reformen auf dem Arbeitsmarkt zeigen erst mit einiger Verzögerung Ergebnisse. Folglich ist es mit Abstand die wichtigste und heikelste Reform. Sie wird darüber entscheiden, ob seine Präsidentschaft ein Erfolg wird oder nicht. Der Arbeitsmarkt ist eines der vertracktesten Probleme Frankreichs, denn seit den Achtzigerjahren herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Derzeit sind laut Arbeitsministerium rund 3,5 Millionen Franzosen ohne Job. Eine Arbeitslosenquote veröffentlicht es zwar nicht, aber rechnerisch entspricht das rund 12,5 Prozent - in Deutschland sind es 5,6 Prozent. Diejenigen, die Arbeit haben, finden sich in einer Zweiklassengesellschaft wieder. Wer einen unbefristeten Arbeitsvertrag hat, ist für Alter und Arbeitslosigkeit gut abgesichert und nur schwer kündbar. Für die meisten Berufseinsteiger gilt das nicht: Neun von zehn neuen Arbeitsverträgen sind nur befristet. Lediglich einem Fünftel gelingt binnen drei Jahren die Entfristung. Der Großteil handelt sich von Befristung zu Befristung, ohne Planungssicherheit und meist schlecht bezahlt. Daraus folgt der Drang Macrons nach einem Wandel in diesem Sektor.

Aktuell hat die französische Nationalversammlung dem Präsidenten grünes Licht für seine geplante Arbeitsmarktreform gegeben. Mit 421 zu 74 Stimmen votierten die Abgeordneten am 01.08.2017 dafür, das Vorhaben im Schnellverfahren an den Senat weiterzuleiten. Bis Ende September soll die Reform nach dem Willen Macrons in Kraft treten.

Im Energiesektor will Macron die Abhängigkeit Frankreichs von der Atomenergie verringern, einen Ausstieg lehnt er jedoch ab.

Zudem fordert er eine schnellere Bearbeitung von Asylverfahren, um entweder eine zügige Integration oder aber eine Abschiebung von Personen ohne Asylrecht voranzutreiben.



Besonders der europapolitische Bereich sorgt für kontroverse Diskussionen und Kritik. Macron tritt für eine Demokratisierung der Europäischen Union ein. Er möchte das Schengener Abkommen beibehalten und fordert die Verstärkung von Frontex durch 5.000 neue Grenzbeamte an den EU-Außengrenzen, sowie ein gemeinsames Informationssystem für besseren Austausch bei der Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus. Zudem plädiert er für gemeinsame Institutionen für die Eurozone. Er fordert die Einrichtung eines Budgets der Eurozone in Höhe von mehreren 100 Mrd. € für Investitionen, das von einem Parlament der Eurozone legitimiert, kontrolliert und von einem Minister für Wirtschaft und Finanzen der Eurozone gesteuert werden soll. Deutsche Politiker erwarten stattdessen verstärkte Anstrengungen der französischen Politik die eigene Wirtschaft voranzubringen.

3. Kritik deutscher Politiker

Die Reformpläne Macrons stoßen in Deutschland auf Kritik. Er will das Arbeitsrecht lockern, plädiert jedoch auch auf mittlere Sicht für einen Eurozonen-Finanzminister, einen Haushalt der Eurozone, sowie soziale Mindeststandards in der EU und für neue Investitionsoffensiven in der Eurozone. Der CDU-Politiker Günther Oettinger verwies mit Kritik hinsichtlich eines Finanzministers der Eurozone in der "**Rhein Neckar Zeitung**" darauf, dass die EU-Kommission die Haushaltsentwicklung überwache, die Eurogruppe über Finanzhilfen entscheide und der Europäische Stabilitätsmechanismus zur Finanzierung bereitstünde. "Es gibt derzeit keinen Grund, an dieser Architektur etwas zu ändern." Diese vor allem aus den Lagern der CDU und FDP kommenden Kritiker sind sich aber auch einig, dass es um das Ziel nach gemeinsamen Lösungen und Kompromissbereitschaft gehen muss. Hinsichtlich einer gemeinsamen Anleihe von Euroländern (Eurobonds) sagte Macron kurz nach seinem Antritt bei einem Besuch in Berlin, dass er niemals Eurobonds gefordert habe. Diesbezüglich lehnt auch die Bundesregierung laut ihrem Sprecher Steffen Seibert das gemeinsame Anleihen der Euroländer weiter ab.



Dagegen fordert jedoch Außenminister Sigmar Gabriel von der SPD konkrete Hilfe und schlägt einen Deutsch-Französischen Investitionsfond vor.

Es bleibt abzuwarten wie sich diese Verhältnisse weiter entwickeln werden, insbesondere in Hinblick auf die Ziele Macrons hinsichtlich der französischen Innenpolitik. Bei einem Besuch der Kanzlerin am 15.05.2017 beteuerte Macron, er werde ein offener, direkter und konstruktiver Partner sein.

4. Ausgang der Parlamentswahlen und Einfluss auf die französische Innenpolitik

577 Abgeordnete für dieselbe Anzahl von Wahlkreisen wurden am 11. und 18. Juni in zwei Wahlgängen gewählt. Die Wahlen zur Nationalversammlung, dem Unterhaus des französischen Parlaments, traten dieses Jahr aus dem Schatten der Präsidentschaftswahlen heraus und standen im Fokus der Aufmerksamkeit wie selten zuvor. Sie galten als "dritter Wahlgang" und entscheidend dafür, ob der gerade gewählte Präsident Emmanuel Macron eine Mehrheit für sein politisches Projekt erlangen kann. Laut französischem Innenministerium errang seine Bewegung "La République en Marche" nach beiden Wahlgängen 308 Mandate, das sind 53,4 Prozent der Sitze. Die mit ihr verbündete demokratische Bewegung MoDem kommt auf 42 Mandate (7,3 Prozent). Damit kann Macron auf eine für seine Gesetzesvorhaben notwendige absolute Mehrheit von 350 Mandaten bauen. Ein solch klarer Sieg war im Vorfeld des ersten Wahlgangs alles andere als sicher. Nach den Präsidentschaftswahlen im Mai standen sich diesmal vier etwa gleichgroße politische Formationen gegenüber. Emmanuel Macrons Bewegung aus der politischen Mitte "La République en Marche", Marine Le Pens rechtsextremer "Front National", die konservativen "Les Républicains" und Jean-Luc Mélenchons linke Bewegung "La France insoumise".

Für Macron ist das Ergebnis zentral, denn ein gewählter Präsident kann nichts durchsetzen, wenn er keine Mehrheit in der Nationalversammlung hat. Laut Verfassung ist es die Politik der Parlamentsmehrheit die umgesetzt wird und nicht diejenige des Staatsoberhauptes. Entsteht diese Mehrheit einer anderen politischen Familie als der des Staatsoberhauptes, so ist auch sie es, die die Regierung stellt. Es besteht dann eine Cohabitation, also ein Zusammenleben von Parlament und Staatsoberhaupt.



Durch die klare Mehrheit im Parlament ist eine solche Cohabitation jedoch nicht nötig. In Folge seines Sieges plant er einen massiven Umbau der staatlichen Institutionen, eine stärkere Gewaltenteilung, mehr Bürgerbeteiligung und eine vereinfachte Gesetzgebung. Dies solle unter drei Prinzipien geschehen: Effektivität, Repräsentativität und Verantwortung.

In seiner ersten innenpolitischen Grundsatzrede im Amt kündigte Macron an, er wolle das Wahlrecht ändern, das französische Parlament um ein Drittel verkleinern und kleineren Parteien den Einzug ins Parlament erleichtern. Dabei plant er "eine Dosis" Verhältniswahlrecht einzuführen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung gilt in Frankreich ein reines Mehrheitswahlrecht, welches es bislang für kleine Parteien sehr schwer macht Sitze zu erringen. Es gibt keine Kandidatenlisten, sondern nur Kandidaturen für die Vertretung eines bestimmten Wahlkreises.

Macron will die Anzahl der Abgeordneten und Senatoren um ein Drittel verringern und die Anzahl der aufeinanderfolgenden Mandate der Parlamentarier begrenzen. Ein Sondergericht für die Amtsvergehen von Ministern will der Präsident abschaffen. Sie sollen künftig vor reguläre Gerichte gestellt werden. Die notwendige Verfassungsreform für die institutionellen Veränderungen soll binnen eines Jahres beschlossen sein. Falls nötig, werde er für diesen Umbau der Institutionen auch eine Volksabstimmung ansetzen, sagte der Präsident. Die Bevölkerung habe mit seiner Wahl ihren Willen zu tiefgreifenden Veränderungen ausgedrückt, begründete er seinen Reformanspruch. Hinzukommend will er die Versammlung beider Parlamentskammern – den Kongress – er tritt nur sehr selten zusammen, vermehren. Zukünftig soll jedes Jahr ein Kongress für eine Ansprache einberufen werden. Es gehe darum den Sinn seiner Politik zu erklären. Auch aus der deutschen Politik kamen Zuspruch und Glückwünsche zu der gewonnenen Parlamentswahl Macrons. Es wurde für weitere gute und zielstrebige Zusammenarbeit plädiert. Auch was Europa angeht können die Reformpläne Macrons und sein Plan zur Umstrukturierung Auswirkung haben, besonders in Hinblick auf die deutsche Europapolitik.



5. Mögliche Folgen für die deutsche Europapolitik

Vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 steht Deutschland mitten in einer der größten historischen Krisen der politischen Weltordnung: Die USA werden unzuverlässiger, Russland ist seit Jahren undemokratisch und aktivistisch, die Türkei ist Opfer eines Staatsstreichs, bewegt sich von der Demokratie weg und die Europäische Union leidet unter den Austrittsbemühungen Großbritanniens einerseits und verpassten Strukturformen andererseits. Deutschland ist dagegen international keine politische Großmacht und lebt wirtschaftlich hauptsächlich vom Export, dadurch ist ein friedvoller Welthandel mehr als nur von hoher Bedeutung. Doch eine Krise ist immer auch eine hervorragende Zeit, um Veränderungen herbeizuführen und die Zukunft bewusst zu gestalten. Gerade hat sich Frankreich in noch nie dagewesenem Elan mit Emmanuel Macron von den eingefahrenen und lähmenden Strukturen der französischen Politik der letzten 30 Jahre verabschiedet. Deutschland hat die Wahl, durch eine aktive Zusammenarbeit mit Emmanuel Macron notwendige Veränderungen in Europa herbeizuführen oder sich auf die bewährte schrittweise Verbesserung der wirtschaftlichen Situation als abhängiger Exportweltmeister zu konzentrieren. Die deutsche Politik hat bewiesen, dass sie Letzteres sehr erfolgreich kann. Fraglich ist jedoch, ob dies auch reicht um die Zukunft zu gestalten.

Die deutsche Politik ist nunmehr gefragt, Gestaltungswillen an den Tag zu legen, um politisch nicht ins Hintertreffen gegenüber Emmanuel Macron zu geraten und auf Augenhöhe Europa mitzugestalten. Denn der europäische Gestaltungswille von Emmanuel Macron wird auch nicht vor den unveränderten politischen Strukturen in Deutschland Halt machen. Die europäischen Bürger werden unter dem Druck der oben beschriebenen Krisenherde sehr schnell begreifen, dass kein europäisches Land allein in dieser riskanten Umgebung eine Chance hat. Um Europa voran zu bringen ist es in Deutschland besonders wichtig, vor den anstehenden Bundestagswahlen über die sonstigen politischen Themen hinweg zu debattieren. Im Fokus sollten dabei stehen die Stärkung der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit, die offizielle Beendigung der europäischen Finanzkrise, die Stärkung der Europäischen Union als Institution, eine Stärkung Europas auf globaler Zusammenarbeit, sowie eine stärkere Beteiligung Deutschlands in der Kontroverse um die EU-Sicherheitspolitik.



6. Zusammenfassung

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Wahl Emmanuel Macrons zum Staatspräsidenten auch ein Erfolg für Europa war. Noch vor wenigen Monaten schien die Eurozone am Rande des Kollapses. Wäre nicht Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten gewählt worden, sondern die Nationalistin Marine Le Pen, sähe die Lage in Europa jetzt düster aus. Zwar werden seine modernisierenden Reformpläne kontrovers diskutiert und die Umfragewerte sinken, jedoch gebührt jedem Streben nach einem funktionellen, friedlichen und wirtschaftsfördernden Zusammenleben auf nationaler und internationaler Ebene die Möglichkeit sich zu entwickeln. Blickt man auf die Person Emmanuel Macrons so sieht man einen hervorragenden Politiker, der sich von seinen Zielen nach einem gemeinsamen Europa und einem reformbedürftigen Frankreich, trotz Rückschlägen aus der eigenen Partei nicht hat von seinem Weg abbringen lassen. Die Verhinderung eines weiteren Rechtspopulistischen Rucks in Europa war ein wichtiger Schritt nach vorn in der nach wie vor heiklen politischen Lage Europas. Es wird darauf aufzubauen sein die politische Zusammenarbeit besonders im wirtschaftlichen Bereich zu fördern. Gewisse Kritik wird konstruktiv immer vorhanden sein, jedoch fördert dies in gewisser Hinsicht das Erreichen der gegenseitigen Ziele in der Innen- und Außenpolitik. Aus deutscher Sicht wird abzuwarten sein, wie sich die politische Vorgehensweise nach den Bundestagswahlen am 24. September ausrichten wird und wie die etablierten Parteien auch ihren Wahlkampf an der Vorlage Frankreichs gestalten werden. Nach der klaren Mehrheit im Parlament wird es auch bald zu einigen innenpolitischen Änderungen des bisherigen Systems in Frankreich kommen. Macron plant seine Politik näher am Volk zu orientieren und somit transparenter zu gestalten. Ob seine Vorstellungen über die Reformpläne und der gewünschte Wandel so abläuft wie er es sich durch seine Politik erhofft wird sich im Laufe seiner Amtszeit zeigen, mithin stellt es jedoch einen Ansatz dar, auf den mit viel Potenzial aufgebaut werden kann.